

dienst zuverlässig erfährt, wird die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung des Landtages am Dienstag, den 6. März, gesetzt werden — Bekanntlich findet der sozialdemokratische Parteitag am nächsten Sonntag im Landtagsgebäude statt. Interessant ist die Tatsache, daß die demokratische Partei für denselben Tag und an denselben Orte den Bundesauschuß zu einer Sitzung einberufen hat, in der zur Regierungsfrage und zu den neuen Richtlinien der sozialdemokratischen Partei Stellung genommen werden soll. Wenn, was zu erwarten ist, in den Verhandlungen beider Parteien Geneigtheit zum Eingehen einer Koalition zutage treten sollte, so wäre sofort Gelegenheit gegeben, miteinander über die Bedingungen der Koalition zu sprechen.

Dresden. (Sozialdemokraten und Kommunisten.) Der Landesvorstand der sächsischen kommunistischen Partei lehnte am Sonntag die sozialistischen Richtlinien für eine Regierungsbildung ab und beschloß, als Antwort ein eigenes Programm für die Bildung einer Arbeiterregierung den Sozialisten zu übersenden. Die Dresdner Volkszeitung bemerkt zu dieser Meldung, daß bis zum Dienstag eine Antwort der Kommunisten bei der sozialdemokratischen Partei nicht eingegangen sei.

isd. Dresden. (Spende aus Amerika.) Von deutschen Freunden in Amerika sind dem Jungendamt für die Tuberkulosen- und Kleinkinderfürsorge 4 Millionen Mark überwiesen worden.

isd. Dresden. (Die Antwort der Kommunisten.) In der Antwort des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der KPD an die BSWD auf die sozialdemokratischen Richtlinien heißt es u. a.: „Werte Genossen! Zu Eurem Schreiben vom 22. Februar d. J. müssen wir mit größtem Bedauern feststellen, daß die in diesem Schreiben enthaltenen Richtlinien die von der sozialdemokratischen Mitgliedschaft geforderten Konzessionen nach links in keiner Weise erkennen lassen. Diese Richtlinien bleiben sogar weit hinter den Vorschlägen der BSWD vom 23. Nov. 1922 anlässlich unserer damaligen Verhandlungen zurück. Die Landtagsfraktion der BSWD hat die gleichen Richtlinien den Demokraten übermitteln. Auch dieser Umstand beweist, daß die BSWD-Fraktion bei der Aufstellung der Richtlinien eine Basis zur Verständigung mit den bürgerlichen Parteien abgeben wollen. Es wird Euch ohne Weiteres einleuchten, daß Richtlinien, die die Basis für eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien abgeben sollen, keine Grundlage bilden können zur Verständigung mit den Kommunisten. Eure Richtlinien vom 22. Februar sind als politische Basis für eine Arbeiterregierung unannehmbar.“ Und nun werden die Gegenvorschläge unterbreitet, die das bekannte kommunistische Programm enthalten.

Süßeln. (Brennender Eisenbahnwagen.) Auf dem hiesigen Bahnhofe brannte eine Wagenladung, bestehend aus Barcent- und Kesselballen. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. Februar. (Die Zustimmung des Reichsrates zur Dollaranleihe.) Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurfe eines Gesetzes über die Beschaffung von Mitteln zur Deckung eines Devisenfonds zu. Nach der Vorlage soll bekanntlich der Finanzminister fünfzig Millionen Dollar durch Ausgabe von Schatzanweisungen flüssig machen. Die näheren Bestimmungen über Verzinsung usw. sollen dem Finanzminister überlassen bleiben. Die einlaufenden Beträge sind zu verwenden zur Bildung eines Devisenfonds im Interesse der Stützung der deutschen Währung. Der Fonds soll von einer besonderen Stelle verwaltet werden. Das Gesetz wird nach dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten. Es ist beabsichtigt, die Anleihe auf 3 Jahre laufen zu lassen. Die Einzahlungen sollen am 15. März, 15. April und 15. Mai erfolgen. Zins-scheine werden den Schatzanweisungen nicht beigegeben, vielmehr sollen — wenigstens nach den bisherigen Plänen — bei der Rückzahlung für 100 Dollar 120 Dollar zurückgegeben werden, was einer Verzinsung von 6 Prozent entspricht. Die Reichsbank wird sämtliche Bürgschaften übernehmen.

Berlin, 1. März. (Reichsfinanzminister Dr. Cuno) sprach gestern mit verschiedenen Vertretern der Reichstagsparteien eingehend über die gesamte politische Lage. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Meinungsverschiedenheiten erörtert, die im Steuerauschuß des Reichstages über die Bewertung der Wertpapiere zur Zwangsanleihe bestehen.

Berlin, 1. März. (Die freie Zuckerverwirtschaftung.) Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stimmte in seiner Sitzung vom 28. Februar dem Beschlusse des Unterausschusses für Landwirtschaft auf Einführung der freien Zuckerverwirtschaftung für das Wirtschaftsjahr 1923/24, den dieser in seiner Sitzung vom 23. Februar gefaßt hatte, mit 20 gegen 6 Stimmen zu. — Es schloß sich daran noch eine kurze Erörterung über die Preisgestaltung im Inlande und die wirtschaftliche Lage unter dem Einflusse des Eingreifens der Reichsbank auf dem Devisen-

markt, wobei festgestellt wurde, daß bei manchen Waren der Weltmarktpreis bereits überschritten und in den Häfen ausländische Rohstoffe billiger als deutsche zu haben sind.

Berlin, 1. März. (Gegen Landesverräter im besetzten Gebiete.) Dem Vernehmen nach sollen einzelne Firmen des besetzten Gebietes in unverantwortlicher Weise sich an die völkerrechtswidrig eingerichteten französischen Bewilligungsstellen gewandt haben, um nach Bezahlung einer 10 prozentigen Abgabe in deren Raffen zu versuchen, mit französischer Unterstützung Waren in das unbesetzte Gebiet zu versenden. Auf Seiten der deutschen Reichsregierung besteht die Absicht, derartige Waren, die mit Unterstützung der französischen Bewilligungsstellen oder nach Bezahlung einer Abgabe in französische Raffen in das unbesetzte Gebiet gelangen, beim Eintritt in das unbesetzte Gebiet, vorbehaltlich einer weiteren strafrechtlichen Verfolgung der Absender, zu beschlagnahmen. Die Namen der landesverräterischen Absender sollen außerdem veröffentlicht werden.

Tschecho-Slowakei.

Prag, 28. Februar. (Die Maßnahmen der tschechischen Regierung gegen die Wirtschaftskrise.) Im Abgeordnetenhause wurde gestern die Debatte über die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise fortgesetzt. Die Mitglieder der Regierung machten in längeren Reden diesbezügliche Mitteilungen. Minister Erba befragte die Summe der staatlichen Investitionen, die der Industrie über die gegenwärtige kritische Lage hinweghelfen sollen, auf 1268 Millionen tschechische Kronen. Er teilte weiter mit, daß im abgelaufenen Jahre 8700 Wohnungen mit einem Aufwand von 363 tschechischen Kronen und im ersten Monat dieses Jahres schon 1200 Wohnungen mit einem Aufwande von 108 Millionen Kronen staatlich subventioniert wurden. Der Staat habe seit 1. Juni 1921 insgesamt 12000 Wohnungen mit einem Gesamtaufwande von 1 Milliarde Kronen errichtet. Ferner wurde mitgeteilt, daß seit dem 1. November 1922 der Preis für Braunkohle um 30% zurückgegangen ist, ebenso der Preis für Steinkohle aller Sortierungen. Stabelfen sei seit dem 1. November um 60 Kronen auf 155 Kronen zurückgegangen, was einen Preisrückgang von 28% bedeutet. Schienen kosteten 155 Kronen (= minus 75 Kronen, Preisrückgang demnach 32 1/2%), Feinbleche 320 Kronen (= minus 50 Kronen oder 18 1/2%). Die staatliche Kohlenabgabe, die bei ihrer Einführung 42% der amtlich festgesetzten Preise betrug, ist am 1. Mai 1921 auf 30%, ab 1. November 1922 für Tepliger Braunkohle auf 24, für Steinkohle auf 18% herabgesetzt worden.

Prag, 28. Januar. (190000 Arbeitslose in der Tschecho-Slowakei.) Im Abgeordnetenhause wurde bei Behandlung der Interpellationen über die Wirtschaftskrise mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen im Januar dieses Jahres 190000 Mann betragen hat.

Frankreich.

Paris, 1. März. (Poincaré am Sarge Delcassés.) Im Beisein des Kabinetts fanden gestern die Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Delcassé statt. Poincaré hielt die Gedächtnisrede, in der er ausführte, die Laufbahn Delcassés habe gezeigt, wie sehr die Stellung Frankreichs in Europa sich allmählich geändert habe. Der Dreibund sei systematisch seiner Wirkungskraft beraubt worden. Zuerst durch das französisch-italienische Übereinkommen, dann durch die Verlängerung der Allianz mit Rußland, weiterhin durch den französisch-englischen Vertrag von 1904, der 1907 durch den englisch-russischen Vertrag ergänzt worden sei. So konnte Deutschland in den Glauben kommen, eingekreist zu werden. Delcassé sei der wahrhaftigste französische Posten gegenüber den Drohungen des deutschen Imperialismus gewesen. Seine Tätigkeit habe Frankreich in die Möglichkeit versetzt, sich am Tage der Invasion verteidigen zu können.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 27. Februar.

In der heutigen 20. Sitzung des Landtages wurden drei Anträge erledigt. Ein Antrag des Abg. Wehrmann und Gen. um Erlaß von einheitlichen Richtlinien für die Festsetzung der Größe der Akernahrung nach § 1 des Reichsbedürfnisgesetzes ruft eine lebhaft ausgeprägte Ausprache hervor, an der sich Vertreter aller Parteien und Minister Gellisch beteiligen. Der Antrag geht schließlich an den Haushaltsausschuß A. Dasselbe geschieht mit zwei kommunistischen Anträgen, die sich mit der Mieterfrage beschäftigen. Nächste Sitzung: Donnerstag, 1. März, vormittag 1/12 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. Februar.

In der Dienstagsitzung des Reichstages stand zunächst das Pressenotgesetz wieder zur Beratung, weil die Reichsregierung gegen die Erhöhung der Holzabgabe auf 2% Einspruch erhoben hatte. Man einigte sich schließlich auf 1 1/2%. Die Vorlage wurde zur weiteren Entscheidung an den volkswirtschaftlichen Ausschuß verwiesen. Darauf wurde die 2. Beratung des Haushaltes des Wehrministeriums fortgesetzt. Der Abg. Lebebour erhob wieder die alten Vorwürfe gegen den Wehrminister, dem er Schuld der monarchistischen Befreiungen vorwarf. Der Sozialdemokrat Künzler verlangte vom Wehrminister eine klare Erklärung darüber, ob noch immer Verbindungen von Offizieren zu verbotenen Organisationen bestehen. Man wolle erst die Reaktion aufklären und dann gegen Frankreich marschieren. Wehrminister Dr. Gessler hob hervor, daß

die Bevölkerung des Ruhrgebietes ein Recht darauf habe, daß wir nicht in ihrem Rücken einen solchen Streit entfachen lassen und daß ihr Schwägen und Oskribenten in den Rücken fallen. Von Rußland sei keine Hilfe zu erwarten. Zum Kriegführenden gehören Waffen und Nahrungsmittel. Vor der Agitation, die besonders in Arbeiterkreisen mit der russischen Hilfe getrieben werde, müsse er warnen. Auch die Linke müsse Rücksicht üben und den Rechten nicht immer Material liefern. Zum Schluß forderte der Minister, die Tugenden zu entwickeln, die das preussische Königtum in seiner großen Zeit gezeigt habe. Der frühere Heerführer Gallwitz rühmte die Tätigkeit der nationalen Verbände. Darauf hielt der kommunistische Fröblich seine zweite Etappe und erging sich in schweren Vorwürfen gegen den Wehrminister. Damit hatte die allgemeine Aussprache ihr Ende erreicht. In der Einzelbesprechung wies der Sozialdemokrat Dr. Moses auf die große Zahl der Selbstmorde hin, während Abg. Dr. Domich (bnl.) eine Verkleinerung der Remontedepots verlangte. Der Haushalt des Wehrministeriums wurde bis auf den Marineetat erledigt. Mittwoch 2 Uhr: Marineetat, Wiederaufbauministerium.

Sitzung vom 28. Februar.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch zunächst den Marineetat. Reichswehrminister Dr. Gessler stellte in seiner Rede fest, daß nun auch wieder in der Marine gefestigte Verhältnisse eingetreten seien. Unsere kleine Marine habe wertvolle Aufgaben zu lösen und Dienste zu erfüllen. So haben z. B. unsere Seestreitkräfte der Dittke im vergangenen Winter in der Dittke eingefrorene deutsche Dampfer aus dem Eise befreit. Eine Entfremdung zwischen Marine und Heer einerseits und der Arbeiterschaft andererseits müsse unbedingt verhindert werden. Zum Gesundheitszustand unseres Heeres stellte Generaloberstabsarzt Dr. Scholz fest, daß die Geschlechtskrankheiten abgenommen haben. Die Zahl der Selbstmorde sei viermal so hoch wie die der Zielperionen. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung weiterer Mittel zur Erbauung eines kleinen Kreuzers wurde abgelehnt. Beim Wiederaufbauministerium stellte der Abgeordnete Helle (Dem.) fest, die einzige Aufgabe, die das Ministerium habe, sei die, möglichst bald zu verschwinden. Schließlich wurde auch dieses Ministerium erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Kohlensteuer, Pressenotgesetz, Wasserstraßen, Luftverkehr.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

Eine neue Annäherung der Rheinlandkommission.

London, 1. März. Nach einer Neuermeldung hat die Interalliierte Rheinlandkommission unter Stimmenhaltung des britischen Delegierten beschlossen, die neue Befozugszone zwischen den Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz unter ihre Autorität zu stellen. — In einer in Köln abgehaltenen Konferenz der alliierten Oberkommissare wurde die Einrichtung einer interalliierten Eisenbahn-Verwaltung im besetzten Gebiete beschlossen. Als ihr Direktor wird der Unterdirektor der französischen Staatsbahnen, Braud genannt. Ihm werden Unterdirektoren beigegeben und zwar ein französischer und ein belgischer.

Französische Kultursymbole.

Essen, 1. März. Gestern Nacht hat eine Anzahl französischer Soldaten der Handelskammer Essen einen Besuch abgestattet. Sie beschränkten sich darauf, vor dem Gebäude der Handelskammer eine Bittenskarte zu hinterlassen. Sie liegt deutlich sichtbar in erheblicher Größe dort am Eingang der Handelskammer und besteht aus einem großen Dreieck. Wer im Kriege oder sonst irgendwie Gelegenheit hatte, die französische Kultur in Frankreich selbst zu studieren, wird durch diese schmutzige Bittenskarte entschlossen an die französischen Dörfer erinnert, in denen das Kultursymbol vor jedem Hause ein großer Misthaufen liegt.

Durch einen Pfiff beleidigt.

Essen, 1. März. Der Oberlehrer Bartholomäus wurde am Mittwoch, nachdem er vierzehn Tage lang in Untersuchungshaft gesessen hatte, vom Kriegsgericht freigesprochen. Er hatte einem Bekannten über die Straße hinweg zugepfiffen und ein französischer Offizier hatte sich durch diesen Pfiff beleidigt gefühlt.

Die Schupo-Jagd der Franzosen.

Herne, 1. März. Am Mittwoch früh um fünf Uhr speerten französische Soldaten auf dem Fernspreck- amte den Strom, worauf sie unter Aufgebot von Tanks vor das Quartier der Schupo-Polizei rückten und dort wie auch in den Wohnungen die Beamten verhafteten. Darauf suchten sie in der Stadt nach den dort wohnenden Kriminalbeamten. Mittags wurden die verhafteten Beamten auf Lastkraftwagen nach Dortmund gebracht und dort ausgefesselt. Es handelt sich nach weiteren Mitteilungen um etwa siebzehn Mann.

Gewerkschaftsgelder beschlagnahmt.

Mainz, 28. Februar. Im Verbandsbüro der Maschinen- und Feiler hat eine Hausdurchsuchung stattgefunden, wobei die Franzosen mehrere Schriftkiste und zwölf Millionen Mark Gelder, die dem Verband gehören, beschlagnahmten.

Der schlechte Geist der französischen Truppen.

Essen, 27. Februar. Wie ein hier weilender neutraler Berichterstatter erfährt, schickte die französische Heeresleitung ein Neger Regiment in das Ruhrgebiet, weil sich unter den weißen Truppen bereits bedeutende Desertionserscheinungen zeigten. Die nur auf acht Wochen einberufenen Reservisten verschern, nach ihren Erfahrungen könne sie keine Macht der Erde in der „Hölle der Industrie“ länger als 56 Tage unter der Fahne halten. Da die älteren Leute auch entsprechend nach Hause schrieben, stöße die Einziehung weiterer Reservisten bereits auf Schwierigkeiten. Auch die Unterbringung der Truppen in Massenquartieren verdirgt diese. Ein Regiment mußte wegen Menteurs verschiedener Kompagnien verlegt werden. Die Zahl der Deserteure dürfe auf mindestens 500 angewachsen sein